

WIDERSPRÜCHLICHE AUSSAGEN BEI MEDIENAUFTRITTEN

Medienrhetorik: Es ist erstaunlich, wie oft Politiker, Wirtschaftskapitäne oder Prominente vor Journalisten unbedachte Aussagen machen, die sich widersprechen. Obschon jede Führungspersönlichkeit wissen sollte, dass sie durch gegensätzliche Aussagen sich, aber auch der betreffenden Institution schadet. Letztlich leidet bei Irritationen vor allem die Glaubwürdigkeit. Wir haben bei einigen Persönlichkeiten erlebt, wie sie sich widersprochen haben.

Text: **Marcus Knill** Fotos: **Keystone**

Wir erwähnen beispielsweise Bundesrat Schmid (er stand diesen Sommer lange im Trommelfeuer der Kritik) oder Anita Fetz (bei ihrer medienträchtigen Spendenaffäre). Auch nach dem Hiflyer-Drama, dem Blutbad in der ZKB-Filiale oder bei den Medienaussagen nach dem Tod der Herzpatientin im Unispital Zürich gab es widersprüchliche Aussagen.

Besonders gravierend waren die Informationen der Skyguide nach dem Flugzeugabsturz bei Überlingen. Die lange Liste gegensätzlicher Botschaften von Politikern (vor und nach Wahlen) klammern wir in diesem Beitrag aus. Zur Veranschaulichung möchten wir lediglich einige konkrete widersprüchliche Aussagen aus dem jüngsten Medienalltag herausgreifen.

HIFLYER-UNGLÜCK

Nach dem Fesselballonunglück im Verkehrshaus Luzern mit Verletzten und einem Todesfall (der Ballon wurde am 23. Juli um 14.35 Uhr durch eine Windböe an ein Gebäude geschleudert) fragten sich die Medien: Erteilte das Bazl (Bundesamt für Zivilluftfahrt) die Bewilligung für den Ballonbetrieb? Das Bazl verneinte dies nach dem Unglück. Der Bazl-Sprecher gab erst am 1. August zu, dass doch eine Bewilligung erteilt worden war und das Amt somit auch zur Kontrolle und Aufsicht verpflichtet gewesen wäre.

In dieser Rubrik analysiert Medienpädagogin und Kommunikationsberaterin Marcus Knill (knill.com und rhetorik.ch) Geschehnisse aus dem Bereich Medienrhetorik.

Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Was als Erstes den Medien gesagt wird, muss vorher geklärt werden.
- Berichtigungen oder das Eingeständnis von Fehlern (Mea culpa) müssen unmittelbar erfolgen.

FALL FETZ

Als die Spendenaffäre publik wurde (Ständerätin Anita Fetz erhielt Wahlspenden von abhängigen Personen), bestritt die Politikerin zuerst, von den Spenden Peter Ammanns (Pro Facile) gewusst zu haben. Fetz erklärte noch vor ihrem längeren "Abtauchen", sie habe den Betrag nicht von einer Privatperson, sondern von einer Firma bekommen. Nachdem sie von den Verflechtungen gehört habe, sei sie als Vizepräsidentin der Firma zurückgetreten und habe das Geld sofort deponiert. Anita Fetz verweigerte hierauf alle Interviews und verreiste. Doch die neue Phase des Schweigens brachte keine Beruhigung der Lage. Schritt für Schritt kamen laufend Ungereimtheiten an den Tag. Die Wochen des Schweigens waren für Fetz kontraproduktiv. Die Medien merkten bald, dass die Aussagen der Politikerin nicht stimmen konnten. Es kam zu einem wirren Zahlen Salat. Wer hatte tatsächlich wie viel gespendet? Das Schweigen musste gebrochen werden, nachdem die Medien immer mehr Fakten ans Licht bringen konnten. Peter Ammann gab bekannt, dass Anita Fetz seine Spende entgegengenommen habe. Anita Fetz musste hierauf zugeben, dass ihr die Spende Ammanns "natürlich" bekannt war. Die widersprüchlichen Aus-

sagen irritierten und zerFETZten das Image der engagierten Politikerin.

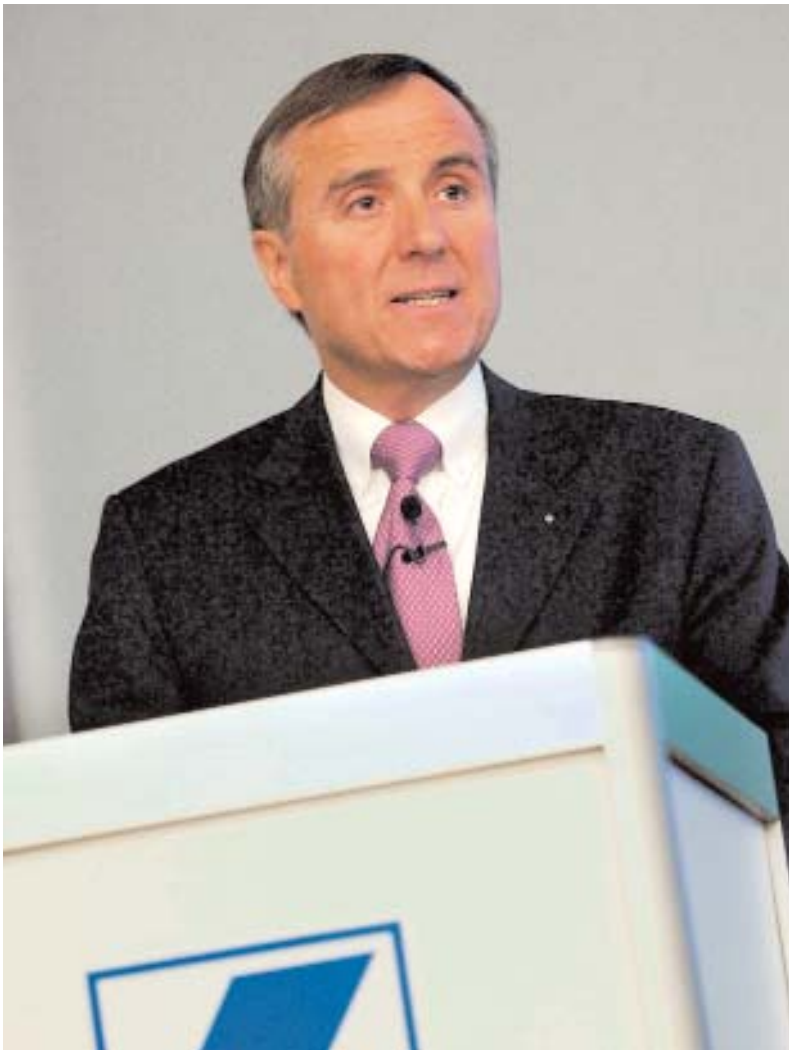
Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Fakten – die genannt werden durften – wurden nicht offen dargelegt.
- Es wurde mit Notlügen operiert – Fetz machte widersprüchliche, irritierende Aussagen. Es ging bei der Affäre nicht nur darum, dass Anita Fetz – wie andere Politiker – Spenden erhalten hatte (Fetz versuchte, die Geschichte auf diese Problemebene zu verlagern).
- Die Politikerin hatte die Kritik nicht ernst genommen, das heisst, die berechnete Kritik hat sie nicht akzeptiert.
- Die Agenda wurde nicht von Ständerätin Fetz gesetzt, sondern sie überliess dies den Medien.
- Sie missachtete das Prinzip, Transparenz zu schaffen.
- Fetz schwieg zu lange (No-comment-Verhalten), sie tauchte ab (Schweigen ist bekanntlich nicht immer Gold).

FALL VBS

Der Schweizer Verteidigungsminister stand im Sommer 2004 tagelang im Kreuzfeuer der Kritik. Leider verstrickte er sich bei seinen Medienaussagen in Widersprüche. Damit schadete er nicht nur sich selbst, sondern auch dem VBS. Wir listen fünf der widersprüchlichen Punkte auf:

1. Bundesrat Schmid stellt mitten im Medienwirbel unverhofft die allgemeine Wehrpflicht infrage, obschon er im Mai 2004



versichert hatte, die allgemeine Wehrpflicht stehe nicht zur Debatte

2. Im Radio DRS sagte der Verteidigungsminister: Der Vorentwurf der Untersuchung sei vernichtet worden. Im Fernsehen liess er hingegen verlauten: Er würde das Misstrauen im Volk schon verstehen, wenn der Vorentwurf vernichtet worden wäre.
3. Im Fernsehinterview stritt Samuel Schmid ab, dass der Vorentwurf eingezogen worden sei ("Stimmt nicht!"). Im gleichen Interview gestand er später: "Der Vorentwurf wurde eingezogen."
4. Bundesrat Schmid versicherte: "Im VBS herrscht keine Misstrauenskultur!" Mit seinem Aufruf an die Verräter, die durch Indiskretion vertrauliche Fakten weitergegeben hatten ("Bitte meldet euch!"), liess Schmid durchblicken: Es gab Indiskretionen und Misstrauen.
5. Schmid beschuldigte die Arbeitsgruppe, die den Vorentwurf bearbeitet hatte: "Es war ein Fehler, mich nicht zu informieren!" Hernach veröffentlichte die Sonntagspresse ein Organigramm, das eindeutig darlegte, dass Bundesrat Schmid sogar selbst die Oberaufsicht über das Projekt hatte.

Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Es fehlte ein Argumentationskatalog.

- Möglicherweise wurden die nahe liegenden Vorwürfe gar nicht antizipiert.

- Wer Aussagen macht, muss stets wissen, was er schon gesagt hat.

FALL SPITALDIREKTORIN

Christiane Roth (Spitaldirektorin des Universitätsspitals Zürich) musste nach der Verwechslung der Blutgruppe bei einer Herztransplantation vor den Medien Rede und Antwort stehen. Der Tod der Patientin war ein Medienereignis, weil Fernsehkameras die Operation verfolgt hatten.

1. Zuerst sagte Roth, der Fehler habe nichts mit der Fernsehübertragung zu tun (das Fernsehen begleitete die Patientin vor und während der Operation). Später fügte Christiane Roth jedoch an, dass durch die Fernsehpräsenz der Druck erfahrungsgemäss grösser sei. Und wenn dies so sei, steige natürlich auch die Möglichkeit, dass Fehler passieren.
2. Die Spitalleitung tat so, als habe sie die Öffentlichkeit sofort orientiert. Doch erfolgte dies erst, nachdem 10 vor 10 dem Spital ein Fax zugestellt hatte mit dem Hinweis, dass Blutgruppen verwechselt worden waren. Christiane Roth behauptete, das künstliche Herz sei angefordert worden. Für Roth war

die Ursache der Panne lediglich ein Kommunikationsfehler. Die Spitalleitung verschwieg, dass der Kunstfehler erst nach zwei Tagen entdeckt wurde (Recherchen der SonntagsZeitung vom 16. Mai bestätigten dies). Damit wurde die widersprüchliche Aussage Christiane Roths entlarvt. Sie behauptete, die Abstossung sei schon im Operationssaal entdeckt worden. Tatsächlich wurde die Patientin am 20. April operiert, und das Kunstherz wurde erst 48 Stunden später angefordert. Wir verweisen bei diesem Fall auf den ausführlichen Beitrag "Was heisst transparent informieren?" ("persönlich" Mai 2004).

Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Fakten wurden vertuscht (was öffentlich gesagt wird, muss stimmen).
- Sachverhalte sind verfälscht worden (es gilt zu bedenken: Journalisten recherchieren bei Ungereimtheiten auf eigene Faust).

FALL ZKB

Nach der Bluttat bei der ZKB – mit drei Toten – widmete sich der CEO zuerst nur der internen Kommunikation und überliess die Öffentlichkeitsarbeit seinem Personal- und seinem Kommunikationschef. Hans F. Vögeli verpass-te die Chance, die Öffentlichkeit selbst zu in-

formieren. So geschah es, dass der Informationschef Urs Ackermann der Erklärung der Stadtpolizei widersprach, die als Tatmotiv einen Arbeitskonflikt vermutet hatte. Ackermann sagte zuerst: „Der Täter stand in ungekündigtem Verhältnis, und Anzeichen für einen Arbeitskonflikt hat es keine gegeben.“ Schon nach wenigen Stunden sagte Ackermann das Gegenteil. Er sprach von „einer kriselnden Arbeitssituation, die eskalierte“.

Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Bei einer Krise oder einem Unfall gehört der CEO an die Front. Es geht nicht darum, viel zu sagen. Er muss sich aber persönlich den Medien stellen. Er kann das Bedauern über die Bluttat ausdrücken (echt, ungespielt). Er darf sich nie auf Mutmassungen einlassen oder selbst Vermutungen äussern. Wer – was – wo untersucht, das kann gesagt werden. Erst wenn Fakten auf dem Tisch liegen, werden diese kommuniziert.
- Information ist immer Chefsache, der Kommunikationschef hilft dem Chef dabei (in Absprache mit ihm).
- Die interne Kommunikation ist auch nicht zu vernachlässigen. In Krisensituationen darf sich ein Chef nicht nur auf die internen Bereiche zurückziehen. Das erste Radio-interview erfolgte bei der ZKB erst zwei Tage nach der Bluttat. In der Öffentlichkeit hinterliess Hans F. Vögeli den Eindruck, als wäre er zwei Tage abgetaucht.

FALL BAUDIREKTORIN

Vor dem Komitee pro Flughafen bekräftigte die Zürcher Baudirektorin, dass sie sich vor dem Regierungsrat für die Variante „Relief“ (Landungen von Osten) stark machen werde,

damit man künftig auf die ungeliebten Südflüge verzichten könne. Vor Journalisten sagte sie Anfang Juli, die Variante sei von Unique überprüft und für sicher befunden worden. Ein Journalist wollte wissen, ob es auch ein zweites unabhängiges Gutachten gebe, welches diese Aussage bestätige. Die Expertenrunde mit der Baudirektorin bejahte dies. Das renommierte Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Braunschweig sei zum gleichen Schluss gekommen.

Fakt war jedoch: Wie die Pressesprecherin der Unique – Sonja Zöchlin – am 30. August bekannt gab, lagen keine Sicherheitsabklärungen zu An- und Abflugverfahren vor. Denn dafür wären das Bazl und die Skyguide zuständig gewesen. Bazl und Skyguide hatten zwar die Ostanflüge für sicher erklärt. Diese Aussagen bezogen sich aber lediglich auf die heutige Regelung, wonach nur am Abend von Osten angefliegen wird. Bei „Relief“ würde dies aber jede zweite Maschine tun. Noch brisanter waren die Sicherheitsabklärungen beim Braunschweiger Institut. Dessen Leiter Uwe Völckers schrieb in einem Brief an den Tages-Anzeiger: „Sicherheitsbetrachtungen beziehungsweise Sicherheitsuntersuchungen zu neuen Anflugverfahren waren nicht Gegenstand der Beauftragungen und wurden von uns nicht durchgeführt. Keinenfalls wurden von uns Resultate zur sicherheitstechnischen (Un)-Bedenklichkeit gefordert noch geliefert.“

Damit lagen zwei gegensätzliche Aussagen vor. Eine unschöne Geschichte für die Baudirektorin! Philippe Hauenstein, Pressesprecher der Baudirektion, musste nachträglich einräumen, dass noch keine Risikobeurteilung vor-

genommen worden sei. Die Hindernisuntersuchungen seien von der deutschen Firma Airsight durchgeführt worden, die auch in Braunschweig zu Hause ist. Damit steht fest: Vor Journalisten wurden früher falsche Aussagen gemacht.

Kritikpunkte (Umgang mit Medien):

- Aussagen (in Medienkonferenzen) wurden vorgängig nicht überprüft.
- Es dürfen keine Halbwahrheiten oder Falschaussagen vermittelt werden (in der Hoffnung, dass dies niemand merke).

ERKENNTNIS

Bei allen beschriebenen Fällen waren sich die Betroffenen sicherlich bewusst, dass Medien klassische Funktionen haben, wie zum Beispiel die Informationsfunktion oder die Forumsfunktion. Doch berücksichtigten sie zu wenig, dass Medien auch eine Wahrheitsfunktion und eine Wächterfunktion haben. Wenn Journalisten gegensätzliche Aussagen aufspüren können, kommt die Wächterfunktion zum Zug. Medien sind verpflichtet, Widersprüche aufzudecken und bewusst zu machen. Norbert Bolz (Professor für Kommunikationstheorie, Universität GH Essen) behauptet: „Medien formatieren die Politik.“

Wir sind überzeugt, dass die Medien tatsächlich viel bewirken. Politiker, Manager, auch Kommunikationschefs sind sich viel zu wenig bewusst, dass eine veröffentlichte Aussage massgeblicher sein kann als unzählige interne Verlautbarungen.

Deshalb lohnt es sich, den Journalisten stets wohlbedachte und gut vorbereitete Antworten zu geben. Nur so lassen sich widersprüchliche Aussagen vermeiden. ■